

EP-FK-5 EP-FK- D – Was Freiheit schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der
2 Demokratie. Die Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und
3 Unterdrückung errichtet. Heute garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen
4 reisen können, wo uns früher Stacheldraht, Mauern und Schlagbäume trennten. Sie
5 sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor wenigen Jahrzehnten
6 Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass alle
7 Europäer*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis
8 nach Brüssel.

9 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt
10 zusammen und bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als
11 Chance zu begreifen; Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das
12 verbindende Element zu suchen, statt das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts
13 anderes ist Gründungsgedanke der EU.

14 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie
15 wollen wir stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor
16 nationalen Grenzen nicht Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren
17 haben wir erlebt, wie autoritäre Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen.
18 Die EU ist in der Verantwortung, durch Koordination und starke eigene
19 Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger*innen zu Recht erwarten –
20 zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
21 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

22 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das
23 ist gut, denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der
24 drängenden Probleme unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem
25 demokratischen Prozess bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische
26 Parlament, dessen Rechte wir erweitern wollen. So schaffen wir die Grundlage für
27 eine föderale europäische Republik mit einer eigenen Verfassung. Auch wenn
28 Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig sind, so stellen
29 sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkegel, die nicht mit sich
30 reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am Ende
31 oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber
32 alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

33 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische
34 Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte
35 seinesgleichen suchen. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von
36 Extremist*innen aller Art: Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte
37 haben sollten wie Männer, wer freie Medien mundtot machen will, wer seine
38 Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für den ist die EU
39 ein Dorn im Auge.

40 Wir finden: gut so.

41 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu
42 schützen, die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten,
43 wenn wir sie ausbauen. Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die
44 besten Ideen in einen fairen Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten
45 können. Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen
46 Sicherheit und gleiche Rechte bietet. Wir wollen eine EU, die für ihre
47 Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das Europäische Parlament
48 noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU auch im
49 Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die
50 nötige Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt,
51 sollte nicht gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren
52 können.

53 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser
54 Grundwerte – und eine Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt
55 nicht zuletzt für die Rechte von Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in
56 vielen Lebensbereichen benachteiligt ist, solange ist unsere Demokratie nicht
57 vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren
58 Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären.
59 Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir
60 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt
61 dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite
62 all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als
63 Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie
64 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

65 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen
66 dabei glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen,
67 die nach Europa kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die
68 Lage an den europäischen Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität
69 und Ordnung im Umgang mit Geflüchteten und Migrant*innen. Wir wollen Schutz
70 bieten und zugleich Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als
71 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum
72 Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten
73 können.

74 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein,
75 Gemeinschaft soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen
76 hinweg. Wir setzen uns ein für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres
77 Zusammenwachsen unseres Kontinents versteht. Für einen Kontinent, in dem die
78 Menschen in Freiheit und unter demokratischen Werten sicher leben. Für eine EU,
79 die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen wir sein.

80 1. Demokratische Institutionen

81 Rechtsstaatlichkeit verteidigen

82 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
83 Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das
84 Fundament der EU. Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten diese Wertebasis
85 systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der Justiz – die erste

86 Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
87 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und
88 LGBTIQ*-Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür
89 und Tor öffnen, schwächen sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die
90 bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller genutzt und
91 weiterentwickelt werden.

92 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für
93 Europas Bürger*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-
94 Recht durch die EU-Organen beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang beschränkt.
95 Das wollen wir ändern: Sie soll auch für das Handeln der Mitgliedstaaten gelten
96 und einklagbar werden. Wenn eine Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen
97 verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt werden können. Auch
98 die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs,
99 der über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention wacht, wollen
100 wir innerhalb der EU stärken.

101 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage
102 der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir
103 mehr Gewicht verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die
104 Zivilgesellschaft gezielter bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu
105 erhöhen, setzen wir auf verbindliche Reformvereinbarungen zwischen der EU und
106 den Mitgliedstaaten, die perspektivisch sanktionsbewehrt werden müssen.
107 Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen zur Regel werden
108 und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7, das
109 in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen
110 kann, soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die
111 Mitgliedstaaten im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr
112 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

113 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,
114 demokratischer Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch
115 europäischer Steuergelder etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und
116 Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter Parteien wirksam zu stoppen, darf die
117 Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine wirksame Gewaltenteilung und
118 die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend. Deshalb erweitern
119 wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das
120 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise
121 eingefroren werden.

122 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,
123 Kommission und Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig
124 verstärkende Anwendung aller Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen
125 Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen Bewertungsgrundlage zusammen. Um
126 einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle Mitgliedstaaten
127 akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-Kommission, die die EU-
128 Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten,
129 müssen sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu
130 kooperieren. Bei Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den
131 Kommunen die Leidtragenden sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer
132 finanziellen Verantwortung stehlen und lieber mit dem Finger nach Brüssel
133 zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden können.

134 Mehr Demokratie wagen

135 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
136 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter
137 stärken. Das Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern
138 gleichgestellt sein und wie jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze
139 beschließen, etwa in der Steuer- oder Sicherheitspolitik. Es soll ein
140 vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig Gesetze auf den Weg
141 bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse
142 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf
143 Vorschlag der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und
144 im Notfall wieder entlassen können.

145 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es
146 mehr Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und
147 die Positionen der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht
148 werden.

149 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen
150 Verfassung. Das Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat
151 ein gleichberechtigter Teil der gesetzgebenden Gewalt werden.

152 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass
153 alle Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt
154 das Europäische Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin
155 der Kommission. Zudem sind bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem
156 jeweils eigenen Land wählbar. Das wollen wir im Sinne eines
157 grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der Abgeordneten soll
158 zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische
159 transnationale Listen bestimmt werden.

160 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die
161 Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein
162 großer Erfolg.

163 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen
164 Parlament wollen wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

165 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum können europäische Bürger*innen, die nach
166 dem Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in
167 einem Bürger*innen-Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war
168 das Prinzip der Europäischen Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument
169 fest verankern.

170 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema
171 auf die Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir
172 erweitern, verbindlicher und bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss
173 zwingend innerhalb eines Jahres ein Gesetzesvorschlag der Europäischen
174 Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie dem Rat zur Abstimmung
175 vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen als Zwischenschritt auch
176 ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

177 Handlungsfähiger werden

178 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige
179 EU angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von
180 Mehrheitsentscheidungen Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch
181 Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb
182 leicht blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit
183 abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer
184 Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

185 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
186 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe
187 von mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu
188 kooperieren und gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller
189 wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das
190 Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen Mitgliedsländer
191 sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

192 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und
193 zeitnah in die Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für
194 die wir eintreten, bedarf einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent
195 unter der Einbeziehung von EU-Bürger*innen einberufen. Dieser soll die
196 Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft der EU einbeziehen. Hier waren
197 Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen Perspektiven für die EU
198 beteiligt.

199 Korruption bekämpfen

200 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher
201 Politik richtet Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im
202 Europäischen Parlament, in der Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit
203 demokratischer Prozesse und das Vertrauen in die EU zu stärken. Wir machen
204 Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar. Mit dem
205 Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das
206 dringlicher denn je.

207 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei
208 Verstößen müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-
209 Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen
210 politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen,
211 die auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen
212 Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im
213 Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

214 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige
215 Ethikbehörde ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle
216 durchsetzt. Beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare
217 Karenzzeitregeln, die an Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren
218 Kontrolle.

219 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag-
220 und Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der
221 Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness

222 im demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und
223 Onlinehass.

224 2. Feminismus

225 Europa zum Motor für Frauenrechte machen

226 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt
227 leben können. In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft –
228 überall gibt es noch viel zu tun. Oft war Europa die Vorreiterin für
229 Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter. Doch rechte und
230 rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften ins
231 Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus
232 dem Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
233 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im
234 Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit
235 aller Macht entgegen.

236 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf
237 unserem Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle
238 Politikbereiche der Union ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European
239 Institute for Gender Equality) stärken und ausbauen.

240 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig
241 und umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in
242 der kommenden Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen
243 Schritten in Sachen Gleichberechtigung voranzukommen.

244 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.
245 Wir wollen auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und
246 Mädchen stärkt. Dazu gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf
247 körperliche Selbstbestimmung sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle
248 sichergestellt sind. Wir wollen den uneingeschränkten Zugang zu
249 Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur Familienplanung ist
250 die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der EU
251 verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-
252 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

253 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen

254 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
255 Als Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen
256 schaffen sie Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am
257 Arbeitsmarkt hilft Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum
258 Beispiel Altersarmut zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch
259 politisch den Weg ebnen.

260 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von
261 Frauen, klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent,
262 in Deutschland sogar bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der
263 Lohntransparenzrichtlinie ein großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch

264 Auskunftsansprüche und Berichte, Entschädigungsansprüche bei
265 geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die Rechte der
266 Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese
267 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich
268 müssen sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt
269 werden, durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die
270 gerechtere Verteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen
271 Frauen und Männern verbessert werden.

272 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu
273 schaffen und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen
274 Rat eine Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern
275 partnerschaftlich ermöglichen, Berufs- und Privatleben miteinander zu
276 vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die Partner*innen nach der Geburt eine
277 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die Bundesregierung hier
278 einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der partnerschaftlichen
279 Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von
280 Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden
281 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken.
282 Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen
283 sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber
284 nicht zu.

285 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der
286 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz
287 Europa. Angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu
288 fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir das
289 Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir
290 deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen und
291 Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch
292 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu
293 bestehenden Fonds, aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

294 Gewaltschutz durchsetzen

295 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von
296 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen
297 Frauen verhindert bzw. verfolgt und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein
298 dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen, da sie die Trennung von
299 gewalttätigen Partnern erleichtert und somit eine wichtige Voraussetzung für ein
300 selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist das erste Instrument in
301 Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt
302 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative
303 der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis
304 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik,
305 Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht
306 ratifiziert. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und
307 ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention beigetreten ist. Wir wollen, dass alle
308 Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen mindestens den
309 Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht
310 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen
311 für Opfer sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie

312 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet
313 und umgesetzt werden.

314 Menschenhandel bekämpfen

315 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir
316 durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die
317 verbreitetste Form des Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der
318 sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden gezwungen, unter menschenunwürdigen
319 Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als die Hälfte der Opfer von
320 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind EU-
321 Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

322 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung
323 und zum Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen
324 stärken. Darüber hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-
325 Opferschutz-Richtlinie dafür stark, dass alle Opfer von Straftaten besser
326 geschützt werden. Wir wollen den Zugang zu Informationen über Opferrechte
327 stärken sowie eine gute Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, öffentlichen
328 Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der Opferschutz im
329 Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben, ist
330 falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch
331 Schutzprogramme und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der
332 Täter*innen erleichtert.

333 Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen

334 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
335 nicht angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in
336 Europa müssen wir immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten
337 und Vorständen zu finden. Wir begrüßen, dass die Richtlinie zu
338 Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Denn verbindliche Quoten
339 sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft und Politik
340 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch
341 die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

342 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen
343 wir ein effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-
344 Haushalt durchsetzen. Es ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für
345 alle Geschlechter aufzustellen: In der neuen Haushaltsordnung ist nun
346 festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach Geschlechtern transparent
347 gemacht wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der
348 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission
349 eine Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die
350 Gleichstellung entwickelt. Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert
351 werden. Aufgrund der neuen Datenlage muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen
352 geschlechtergerecht gestaltet werden.

353 3. Europas Vielfalt

354 Zivilgesellschaft stärken

355 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener
356 Menschen aus. Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen
357 und religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven
358 ein, gestalten unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische
359 Demokratie ist stark, weil sie in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen und
360 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten.
361 Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

362 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst
363 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament
364 haben wir erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den
365 Weg gebracht. So sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen
366 überall in Europa rechtlich abgesichert arbeiten können.

367 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für
368 Menschen, die Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene
369 angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter
370 fördern und ausbauen.

371 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,
372 Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So
373 fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die
374 Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und dort aktiv sind, wo
375 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck stehen.

376 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind
377 Bestandteil unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und
378 Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv
379 für eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres
380 Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz.
381 Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und Gemeinden dabei
382 unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen.
383 Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe
384 unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

385 Diskriminierung überwinden

386 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte
387 gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit.
388 Sie müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie
389 liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die
390 Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt,
391 Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses Versprechen einzulösen, muss die EU
392 konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen.

393 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft
394 tief verwoben. Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem
395 stellen wir uns entschlossen entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als
396 Deutschland und dem Versprechen „Nie wieder!“, dem sich auch Europa nach dem

397 Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es ist die Aufgabe aller
398 Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten und
399 sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen.
400 Wir befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für
401 Sicherheitsprojekte, um sie dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es
402 nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in all seinen Formen entgegenzutreten,
403 sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar zu machen und zu
404 stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und
405 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir
406 politische und kulturelle Bildungsangebote fördern.

407 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa.
408 Muslimisches Leben gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten
409 und verschwörungsideologischen Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU
410 nach langer Zeit endlich die Stelle der EU-Koordinatorin gegen
411 Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

412 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und
413 sich dabei von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit
414 Romani-Hintergrund werden beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit
415 oft benachteiligt. Damit die politische Teilhabe und der Einsatz gegen
416 Antiziganismus gefördert werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium
417 ein. Diesem gehören unter anderem Expert*innen für Roma-Politik,
418 Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale Gebietskörperschaften
419 an.

420 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen,
421 auf dem Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen
422 werden, sondern müssen Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch
423 ihre Vorgaben den Schutz gegen Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um
424 das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie Schutzlücken zu
425 schließen, wollen wir, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich
426 verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des Antirassismusbeauftragten der
427 Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus besetzt werden. Wir
428 unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen Minderheitenrechte wie
429 den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken.

430 Queere Rechte schützen

431 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben
432 zu können, ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den
433 letzten Jahrzehnten viele ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben
434 wir, dass autoritäre Kräfte versuchen, diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten
435 ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit für lesbische, schwule, bisexuelle,
436 trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*) nicht möglich, weil ihre Rechte
437 eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen werden. Diesen
438 Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation sie
439 geschehen oder von wem sie ausgehen.

440 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ*
441 Freedom Zone“ erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die
442 EU-Kommission und der Rat alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente –
443 inklusive Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen – nutzen, um das

444 systematische Vorgehen von Regierungen gegen LGBTIQ*-Personen sowie die
445 Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

446 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei
447 Müttern, alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht
448 darüber entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf
449 Freizügigkeit muss auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir
450 streiten dafür, dass eine in einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene
451 Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt
452 wird.

453 Inklusion verwirklichen

454 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf
455 Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-
456 Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle
457 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen
458 Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass die inklusive Gesellschaft
459 endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

460 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
461 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter
462 anderem das Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und
463 Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten.

464 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen
465 mit Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte
466 Personen erleben in ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe
467 am öffentlichen Leben einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-
468 Barrierefreiheitsrichtlinie, der sogenannte European Accessibility Act (EAA), in
469 allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland – umgesetzt wird.

470 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu
471 machen, wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,
472 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und
473 barrierefreies Reisen durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die
474 Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

475 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

476 Kultur als Säule der Demokratie

477 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht
478 aus dem Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von
479 außen und der beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert
480 an sich und zugleich ein unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn
481 in ihr finden Austausch und Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste
482 Weise statt. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur gegen staatliche
483 Eingriffe, aber auch durch die Gestaltung einer öffentlichen Förderung, die
484 künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken ermöglicht.

485 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich
486 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und
487 Kulturveranstalter*innen in ganz Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort,
488 wo Vielfalt und Demokratie unter Druck stehen. Es soll sich als Dienstleister
489 für Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und
490 zielgerichtet unterstützt.

491 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische
492 Dimension der Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt.
493 Wir wollen daher im Rahmen von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem
494 Beratung und Finanzierung für den Wandel der europäischen Kulturzusammenarbeit
495 hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die Idee des Neuen Europäischen
496 Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für klimaneutrales Bauen und
497 Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als eigene
498 Mission in Horizont Europa verankern.

499 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres
500 Kontinents erlebbar und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept
501 fortführen, dabei aber die Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter
502 gestalten.

503 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen
504 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten
505 unter anderem virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche
506 Treiberinnen von Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor
507 hinaus. Diese Strukturen wollen wir fördern und gegen die Marktmacht der großen
508 internationalen Plattformen schützen, etwa indem wir uns in Handelsabkommen für
509 die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

510 Kreative stärken

511 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere
512 lebendige Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher
513 Veränderungen müssen sie ihren Platz in der Wertschöpfungskette der
514 Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das gilt vor allem für die neuen
515 Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von Menschen
516 erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit tritt sie in
517 Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher für die
518 Durchsetzung der Rechte von Urheber*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die
519 Zustimmung zur Verwendung ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden
520 Urheberrechts verweigern dürfen. Urheber*innen wollen wir bei der fairen
521 Vergütung ihrer Werke unterstützen. Urheber*innen und auch andere
522 Kulturschaffende wie Schauspieler*innen oder Musiker*innen müssen einen Platz am
523 Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt
524 entschieden wird.

525 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative
526 wollen wir die Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden
527 weiter stärken. Für Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht,
528 wollen wir einen sicheren Hafen und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

529 Medienfreiheit garantieren

530 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische
531 Öffentlichkeit. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute
532 angegriffen. Wir unterstützen deshalb verbindliche Instrumente, um gegen die
533 Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form offener Zensur, durch die
534 Kontrolle und Zentralisierung von Verlagseigentum oder auf anderem Weg –
535 vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem
536 Grundsatz der Staatsferne folgen müssen.

537 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der
538 Plattformen im Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell
539 beeinträchtigt. Wir streben deshalb an, durch geeignete Instrumente die
540 Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im Netz zu
541 verbessern.

542 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung
543 einer gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb
544 setzen wir uns für einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des
545 öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den
546 erfolgreichen Ansatz des Senders arte ausbauen und ihn schrittweise zu einem
547 gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber hinaus setzen wir uns für
548 die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa und
549 für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im
550 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU
551 ein Raum des freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen
552 die Presse- und Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

553 Europäisch erinnern

554 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller
555 Gesellschaften eines Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen
556 gezeichnet war. Die EU als Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven
557 zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung
558 und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine
559 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von
560 bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen mit
561 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der
562 Verständigung widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch
563 überlagernden Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die
564 Unterdrückung durch die Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und
565 nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer Umdeutung der Geschichte im
566 Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

567 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
568 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,
569 stellen wir uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten
570 unvereinbar. Wir werden dies nicht unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland,
571 nicht in Europa, nirgendwo.

572 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,
573 Kolonialismus, Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien.

574 Viele europäische Staaten waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren
575 teilweise noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen
576 wir die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den
577 Nachkommen, mit Forscher*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus
578 ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene vorantreiben. Dazu
579 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

580 Fair Play im Sport

581 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –
582 Sport steht im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt
583 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen
584 Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen
585 Verbände stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen Zusammenhalt,
586 Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark machen.
587 Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen.

588 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair
589 und transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen
590 diametral entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur
591 etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen sowie
592 internationalen Ermittler*innen für Transparenz, Integrität und echte
593 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport
594 kümmert.

595 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür,
596 dass internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben.
597 Wenn sie mit klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische
598 Fairness und Nachhaltigkeit arbeiten, können sie damit weltweit einen
599 Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen. Wir setzen besonders auf eine
600 grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen. So machen wir den
601 europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

602 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele
603 Sportarten sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der
604 Sport Schäden. Wir wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege
605 aufzeigen, wie sich Europas vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

606 5. Humanität und Ordnung

607 Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen

608 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden
609 Bevölkerung und sucht händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren
610 Wohlstand zu sichern, müssen wir im weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und
611 fleißige Hände attraktiver werden und Einwanderung modern gestalten. Statt
612 bürokratischer und langwieriger Verfahren wollen wir die Fach- und
613 Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern.
614 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten
615 einheitlich und unbürokratisch zu gestalten.

616 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter
617 ausbauen. Dafür braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und
618 eine Digitalisierungsoffensive, damit Anträge schnell und auch digital gestellt
619 werden können. Fach- und Arbeitskräfte gewinnen wir aber nicht nur durch
620 unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch sicherstellen, dass sich
621 Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur schnell bei
622 uns einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht
623 uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und
624 Ausgrenzung entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um
625 Angebote für eine gute und schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen
626 wir den kommunalen Integrationsfonds stärken und weiter ausbauen.

627 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne
628 Papiere. Faire Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu
629 wollen wir mehrsprachige und niedrigschwellige Beschwerde- und
630 Beratungsstrukturen ausbauen und stärken, damit sich alle Arbeiter*innen an sie
631 wenden können.

632 Gemeinsame Asylpolitik angehen

633 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie
634 humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer
635 Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-
636 Kinderrechtskonvention, der Behindertenrechtskonvention und dem internationalen
637 Seerecht.

638 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um
639 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen
640 Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den
641 Mitgliedstaaten und verteidigen unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und
642 Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche Verfahren sorgen für
643 Humanität und Ordnung.

644 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung
645 und Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen
646 Grenzmanagement angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften,
647 verlässlichen und verpflichtenden Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um
648 die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle
649 Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder
650 durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und
651 Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation. Mitgliedstaaten,
652 die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell
653 entlastet werden.

654 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von
655 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken
656 und die kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung
657 Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der
658 Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der
659 Geflüchteten in Einklang bringen.

660 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur
661 in ihren Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen

662 Asylregeln durchsetzen kann. Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System
663 in einzelnen Mitgliedstaaten überlastet ist, auch die Kompetenz für
664 Asylverfahren erhalten. Dabei sind menschenrechtliche Verpflichtungen
665 einzuhalten und streng zu kontrollieren.

666 Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen

667 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf
668 Freizügigkeit bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der
669 größten Errungenschaften für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft.
670 Deshalb lehnen wir dauerhafte und stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

671 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die
672 Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und
673 kontrollieren können, wer nach Europa kommt.

674 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss
675 europäischer Politik nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im
676 eigenen Handeln voraus. Mit dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das
677 europäische Versprechen von Humanität und Rechtsstaatlichkeit für Tausende
678 jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.

679 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns
680 entschieden entgegen. Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen
681 zuverlässig registriert, erstversorgt und menschenwürdig untergebracht werden.
682 Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei
683 immer und überall.

684 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an
685 Europas Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind
686 Misshandlungen ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert
687 oder sie werden in Seenot ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein,
688 dass illegale Pushbacks rechtlich und politisch konsequent geahndet werden. Wir
689 wollen außerdem das staatliche und zivilgesellschaftliche
690 Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur weiter ausbauen.
691 Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von
692 Frontex-Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.
693 Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den
694 Geflüchteten und den Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen
695 immer auf der Basis von Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit
696 mit der libyschen Küstenwache wollen wir endlich beenden.

697 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete
698 versorgen und beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und
699 Anwält*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement
700 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen,
701 queeren Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei
702 besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich allein auf den Fluchtweg machen,
703 müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie müssen kindergerecht
704 untergebracht und versorgt werden.

705 Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen

706 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und
707 rechtsstaatliche Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu
708 unabhängigen Asylberatungen haben, um ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen.
709 Auch im Rahmen von möglichen Grenzverfahren muss eine unabhängige Rechtsberatung
710 gewährleistet sein.

711 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer
712 Aufenthaltserlaubnis führen. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und
713 aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller
714 Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen –
715 sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer
716 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige
717 Rückkehr Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir
718 uns für eine europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

719 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in
720 denen ihnen Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und
721 Leben drohen. Eine Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die
722 betroffene Person eine klare Verbindung hat. Das Konzept der sicheren
723 Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Der Abschluss von sogenannten
724 Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss menschenrechtsbasiert, die
725 Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe
726 erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
727 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden.

728 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
729 Probleme. Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der
730 Entscheidung verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger*innen eine sichere
731 Rückkehr garantieren, sollen über Visaerleichterungen oder
732 Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration erhalten.
733 Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer
734 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

735 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in
736 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben.
737 Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die
738 europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir
739 setzen uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem
740 ein.

741 Menschen in Seenot retten

742 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.
743 Als EU ist es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand
744 nicht zu verschließen. Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen,
745 das eigene Leben oder das der Familie und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen
746 nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt
747 bleibt.

748 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht
749 endlich eine europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und

750 staatlich koordinierte Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der
751 Seenotretter*innen, die Menschenleben retten. Alle Mitgliedstaaten der EU sind
752 dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass Seenotrettungsorganisationen ihre
753 Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die
754 finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger
755 Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit
756 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den
757 nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und
758 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert
759 und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten,
760 treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen,
761 Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von
762 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl
763 erhalten.

764 Sichere und legale Fluchtwege schaffen

765 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung
766 sicherer und legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben,
767 sondern legen auch Schleuser*innen das Handwerk.

768 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit
769 Staaten außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und
770 Arbeitsmigration schaffen und können gleichzeitig die menschenrechtlich
771 abgesicherte Rückführung abgelehnter Asylbewerber*innen umfassen.

772 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks
773 UNHCR deutlich auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen
774 (UN) anerkannte und besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und
775 solidarisch auf die Aufnahmeländer verteilt werden. Wir wollen, dass sich der
776 Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten bemisst. Das EU-Resettlement muss
777 sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das individuelle Recht
778 auf Asyl nicht schwächen.

779 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass
780 Asylsuchende Europa erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen
781 wir in besonderem Maße unserer Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften
782 sowie besonders gefährdeten Afghan*innen und ihren Familien gerecht werden. Wir
783 setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.
784 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der
785 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen
786 wir mit einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium
787 fortzusetzen.

788 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können.
789 Familien gehören zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse
790 die Integration.

791 6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität

792 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken

793 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige
794 Institutionen, die Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und
795 Frauen, die oft unter großem persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen.
796 Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und verursacht enorme Schäden –
797 sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere Lebensqualität,
798 unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende Vernetzung
799 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer
800 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und
801 Justizarbeit muss in einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend
802 stattfinden sowie im Einklang mit Bürger*innen-Rechten und rechtsstaatlichen
803 Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention und gemeinsame
804 Strafverfolgung.

805 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll
806 eigene operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und
807 Organisierter Kriminalität (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS)
808 entwickeln wir weiter, um den Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von
809 Europol durch das Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz
810 sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol sind Austausch und Vernetzung der
811 europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die polizeiliche Zusammenarbeit
812 fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-Teams, die in enger
813 Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in
814 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

815 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der
816 Polizeiarbeit stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes
817 Austauschprogramm für Polizist*innen, bauen die Kooperation und Forschung an
818 Polizeihochschulen und Universitäten aus – und stärken so eine
819 wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei
820 einbeziehen.

821 Organisierte Kriminalität bekämpfen

822 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet
823 Steuerzahler*innen und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und
824 Rechtsstaat unterwandern. Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf
825 investigative Journalist*innen, die Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche
826 oder die politische Einflussnahme durch Korruption. Damit schädigt die OK
827 insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa und hindert deren
828 Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen der OK
829 vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick.
830 Dafür stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei
831 und Justiz. Die europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir
832 harmonisieren.

833 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so
834 auch Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den
835 Kampf gegen die unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir

836 konsequent führen und den Opfern besonderen Schutz zukommen lassen. Ein
837 Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der Umweltkriminalität und Agromafia: Die
838 illegale Entsorgung von Müll, der illegale Holzeinschlag oder der Handel mit
839 fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme Schäden für Mensch und
840 Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen. Ein nachhaltiges
841 Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der
842 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir
843 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK
844 engagieren.

845 Gegen Geldwäsche vorgehen

846 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat
847 und Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100
848 Milliarden Euro jährlich „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele
849 Tausende von Kleinanleger*innen geschädigt. Wir wollen entschieden gegen
850 Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch den organisierten Steuer- oder
851 Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen. Finanzermittlungen bieten häufig
852 erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen Gruppen die
853 Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht
854 lohnen!

855 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer
856 schlagkräftigen Institution im Kampf gegen Geldwäsche und
857 Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen darauf, dass alle EU-
858 Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale Standards zur
859 Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der automatische
860 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein,
861 dass international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan
862 vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein.
863 Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen Eigentümer von
864 Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für
865 Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der
866 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und
867 Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu
868 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist*innen und
869 andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich
870 sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt
871 werden. So schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden wir die
872 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die
873 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente
874 im Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer
875 Herkunft in Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen
876 werden können. Für Bargeld werden wir EU-weit gültige Höchstgrenzen festlegen,
877 um den Transfer von inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische
878 Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell und finanziell stärken,
879 damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die
880 Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

881 Terrorismus das Handwerk legen

882 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch
883 und rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie
884 stellen eine enorme Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke
885 reichen oft über den gesamten Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss
886 hier einen wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut
887 abgestimmte polizeiliche wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit
888 mit einheitlichen Standards und Definitionen ist notwendig, um dem Terror das
889 Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-Koordinators
890 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu
891 mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

892 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die
893 politische Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den
894 europaweiten Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell
895 fördern wollen. Dazu zählt die Bildungsarbeit an Schulen oder
896 Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder Angebote für
897 Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir EU-
898 weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen beobachten
899 wir genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von
900 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen
901 vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

902 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem
903 Terror die operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich
904 terroristische und kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den
905 Zugang zu Schwarzmärkten und legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen
906 uns für gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung
907 von Terrorist*innen ein.

908 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit
909 einheitliches Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen
910 Gründen ihre Spur verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-
911 weit einheitlich definieren, um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung
912 sicherzustellen.

913 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder
914 gezeigt, dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht
915 verfügbar sind. Wir wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen
916 einschränken und den Schwarzmarkt austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen,
917 beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir wirksame europäische Standards
918 einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr möglich ist. Waffen
919 und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir setzen uns
920 für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für
921 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen
922 wollen wir durch ein strenges Monitoring unterbinden.

923 Nachrichtendienste effektiv aufstellen

924 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten,
925 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und

926 offene Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran
927 nehmen dabei die gesamte EU in den Blick und koordinieren ihre Vorgehen in den
928 verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind Angriffe auf
929 Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem müssen
930 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die
931 Nachrichtendienste spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer
932 wehrhaften Demokratie.

933 Bisläng wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und
934 Erkenntnisse europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive
935 und demokratische Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global
936 besser gewährleisten können. Deshalb wollen wir für eine bessere und
937 rechtsstaatliche Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste eine
938 europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll in den Mitgliedstaaten
939 gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher Vorgaben,
940 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es
941 braucht demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der
942 Agentur, die unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden.
943 Wir setzen uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf
944 klaren Rechtsgrundlagen stehen, effektiv begrenzt werden und eine
945 parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten eingehalten wird. Einen
946 rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den
947 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
948 bessere Vernetzung und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf
949 der europäischen Ebene ein.

950 Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen

951 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen
952 einheitlichen europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von
953 der Organisierten Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir
954 insbesondere das Strafrecht weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in
955 die Liste der EU-Straftaten aufnehmen, damit sie europaweit verfolgt werden
956 kann.

957 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen
958 stärken: Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in
959 Strafsachen (Eurojust) wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und
960 die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene
961 Ermittlungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich von Terrorismus
962 und OK führen. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir vereinfachen und
963 in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können. Durch die
964 Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter
965 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und
966 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

967 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven
968 Rechtsschutz von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen,
969 Zeug*innen und investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle
970 bei der Aufklärung von Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb
971 besser schützen. Dafür schlagen wir ein EU-Netz vor, das europaweit einen
972 wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der Aufdeckung und Verfolgung von

973 Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei unterstützen, bei der
 974 Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten. Das wollen
 975 wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere Rolle bei
 976 der grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

977 Die Bevölkerung schützen

978 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
 979 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und
 980 gigantische Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere
 981 Kritische Infrastruktur unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern
 982 unserer modernen Gesellschaft. Sie versorgen uns mit Energie oder Informationen.
 983 Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen dieses Ausmaßes schnell
 984 überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination praktisch
 985 helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir
 986 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und
 987 zusammendenken. Dabei nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein
 988 verbindliches IT-Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf
 989 digitale Systeme zu verhindern.

990 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise
 991 unabsehbaren Folgen weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen
 992 Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen, Schäden zu reduzieren. Wir wollen das
 993 europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken und mit eigenen
 994 europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte
 995 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden.
 996 Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe
 997 bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

998 7. Digitale Bürgerrechte

999 Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern

1000 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die
 1001 Art, wie wir zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer
 1002 Werte eine Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU
 1003 dabei als Vorbild und Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in
 1004 einer globalisierten digitalen Welt stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung
 1005 der digitalen Dimension die Rechte der Menschen immer mitdenken. Menschen haben
 1006 das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch anderen Technologien
 1007 vereinnahmt zu werden.

1008 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige
 1009 Gesellschaft abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum
 1010 übertragen wird. Wir fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und
 1011 eine aktive Beteiligung von Frauen an den Gestaltungspositionen der
 1012 Digitalisierung.

1013 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die
 1014 anlasslose Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die
 1015 Überwachung von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien

1016 zur Erkennung von Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst
1017 persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische
1018 oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir aufgrund der hohen
1019 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits
1020 marginalisierte Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von
1021 Emotionserkennung zur Unterstützung im medizinischen und sozialen Bereich sollen
1022 davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf eine sichere Kommunikation und
1023 Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen. Sie ist gerade für eine freie
1024 Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen Kräften in
1025 autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1026 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung
1027 entsprechender Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der
1028 EU wird Spyware eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die
1029 Verwendung von Spyware, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist*innen oder
1030 Staatsanwält*innen, lehnen wir ab.

1031 Gegen Hass im Netz vorgehen

1032 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung
1033 der Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen
1034 erlauben es heute, dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste
1035 Weise aufbereitet und diskutiert werden können.

1036 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.
1037 Wahlen sollen bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir
1038 treten dafür ein, dass Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die
1039 gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt
1040 werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu
1041 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung
1042 zu schaffen.

1043 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen
1044 Orten an. Mit offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu
1045 drängen. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu
1046 einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation
1047 verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen
1048 häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der
1049 demokratischen Debatte.

1050 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem
1051 Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die
1052 Grundsteine gelegt, um mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln
1053 Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und
1054 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und
1055 Europa konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln.

1056 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene
1057 Personen einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür
1058 wollen wir auch eine europaweite Opferberatung und niedrigschwellige
1059 Hilfsangebote etablieren. Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei
1060 und Staatsanwaltschaften in den Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die
1061 konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch die rechtlich

1062 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum
1063 Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den
1064 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende
1065 Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1066 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von
1067 Desinformation eine wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen
1068 ohne Überprüfung aus den sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei
1069 der Verbreitung von Falschinformationen mitwirken. Die Verbreitung von
1070 hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder durch KI
1071 manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und
1072 ist für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-
1073 Gesetzes erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein
1074 wichtiger Baustein der Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt
1075 in der Stärkung der Informationskompetenz, damit Menschen besser
1076 Desinformationen erkennen können.

1077 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,
1078 sollen entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen
1079 Nutzer*innen werden.

1080 Europas IT schützen

1081 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser
1082 Zusammenleben spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste
1083 Schutz vor Cybercrime aber liegt in der Prävention und in der Resilienz
1084 digitaler Systeme. Wir sorgen für eine konsequente Etablierung von hohen IT-
1085 Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten, Diensten und Prozessen. Wir
1086 setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-Richtlinie zur
1087 Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Wir
1088 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken.
1089 Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür
1090 weiter.

1091 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen
1092 wir eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von
1093 Cyberoperationen begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und
1094 Verwaltungssysteme sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir
1095 setzen uns für einen norm- und regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie
1096 und internationaler Zusammenarbeit geprägt ist. Gleichzeitig geht
1097 Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir Kompetenzen
1098 in der EU ausbauen.

1099 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für
1100 sichere „Digitale Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich
1101 relevante Datenbanken und technische Infrastrukturen in anderen europäischen
1102 Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten werden können, um auch in Krisen- und
1103 Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang zu Daten, zum Beispiel von
1104 Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den
1105 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1106 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen
1107 haben auch zu einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die

1108 Strafverfolgung reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime
1109 kennt ebenso wie das Internet keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von
1110 Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität im Netz. Auch die europaweite
1111 polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung stärken wir. So gehen
1112 wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten
1113 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit
1114 gezielten Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im
1115 Internet begangen werden.